

Beiderseits des Atlantiks entfacht das geplante Freihandelsabkommen TTIP (in den USA: TAFTA) erhebliche Proteste, die wir als Teil eines internationalen Bündnisses gegen TTIP zusammenführen möchten. Bei diesem Factsheet handelt es sich um eine leicht überarbeitete und teilweise gekürzte Übersetzung der Info-Materialien unseres US-amerikanischen Partners Public Citizen. Originale unter www.citizen.org/tafta



TAFTA als Plan B für Monsanto: Eine Hintertür für gentechnisch veränderte Nahrungsmittel

Eigentlich nur ein „Handels“-Abkommen, würde TAFTA von den beteiligten Staaten verlangen, nationale Finanzgesetze und -vorschriften, Klimapolitik, Standards für Nahrungsmittel und Produktsicherheit, Datenschutz und andere Gesetzgebung an TAFTA-Regeln anzupassen, und zwar zum Vorteil für Unternehmen. Diese Beschränkungen des Einflussbereichs der Politik wären bindend. TAFTA-Auflagen nicht zu entsprechen könnte zu Handelsstrafmaßnahmen führen. Darüber hinaus könnte das Abkommen ausländischen Konzernen, einschließlich Biotech-Firmen wie Monsanto die Macht geben, gemeinnützige Gesetzgebung direkt anzufechten und Entschädigungen durch die SteuerzahlerInnen an außergerichtlichen Schiedsstellen zu fordern und durchzusetzen.

Die TAFTA-Agenda der EU und der USA: Deregulierung im Verborgenen

US- und EU-Unterhändler – beraten von den größten Agrarunternehmen der Welt – nutzen eine codierte Sprache, wenn sie für TAFTA-Regeln plädieren, die Bestrebungen nach Kennzeichnungen von gentechnisch veränderten Organismen (GMO) und Zulassungen von GMO-Samen und GMO-Pflanzenanbau schwächen. Die Mehrzahl der europäischen und eine große Zahl der amerikanischen Verbraucher sind besorgt über die Auswirkungen von gentechnisch veränderter Nahrung auf die Gesundheit und die Umwelt. Die EU schreibt Zulassungen für GMO-Samen vor, die auf dem Vorsorge-Prinzip basieren – das bedeutet, dass bei ungeklärter Sicherheit eines Produktes für VerbraucherInnen oder Umwelt die Gesetzgebung jedwedes Risiko für Mensch oder Umwelt vermeiden muss. Regierungen setzen schon lange auf diesen Grundsatz, um ihre Bevölkerungen vor ungewissen Risiken durch neue Produkte zu schützen.

Die EU-Politik für GMO-Zulassungen schreibt vor, dass die Auswirkungen von Samen und Pflanzen auf Verbraucher und Umwelt untersucht werden müssen

bevor sie auf dem Markt zugelassen werden. Darüber hinaus besitzen die EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, GMO-Anbau komplett zu verbieten, was neun Nationen auch getan haben. Des Weiteren haben die EU und eine zunehmende Anzahl von US-Staaten auf Forderungen von Verbrauchern nach GMO-Kennzeichnung reagiert, die den Menschen die Möglichkeit gibt, zu entscheiden, ob sie GMO-Nahrungsmittel konsumieren wollen oder nicht.

Nun jedoch schlagen sowohl US- als auch EU-Unterhändler TAFTA-Regeln vor, die sowohl das Vorsorge-Prinzip bei der Zulassung von GMO-Samen und -Anbau, als auch eine GMO-Kennzeichnung untergraben könnten. US-Unterhändler erklärten, dass TAFTA versuchen sollte „nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu eliminieren oder reduzieren ... wie z.B. gesundheitspolitische und pflanzenschutzrechtliche Restriktionen, die keine wissenschaftliche Grundlage besitzen.“ Aus dieser codierten Sprache übersetzt, bedeutet dies, dass nicht Agrarunternehmen nachweisen müssen, dass ein GMO-Samen ungefährlich ist, bevor er verkauft werden kann, sondern dass Beschränkungen für GMO-Samen und -Anbau nach TAFTA-Regeln nur zulässig wären, wenn Regierungen zeigen könnten, dass es einen wissenschaftlichen Beweis für eine spezifische Gefahr für Mensch, Tier oder Pflanze gibt. Dies würde nicht nur den EU-Prozess für GMO-Zulassungen gefährden, sondern auch die gegenwärtigen Rechte der EU-Mitgliedsstaaten, den Anbau von GMO zu verbieten, untergraben.

Ein geleaktes EU-Positionspapier – verfasst in diesem Handels-Jargon – fordert, dass bei TAFTA „gesundheitspolitische und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen auf Seiten beider Vertragspartner auf Wissenschaft und – wo es welche gibt – internationalen Standards beruhen sollen“. Dies ist eine perverse Position, wenn man bedenkt, dass die EU 2006 durch ähnliche Anforderungen eine US-Klage verlor, die sich auf Verzögerungen in der Zulassung von GMO

und auf das Anbau-Verbot von zugelassenen Samen durch EU-Mitgliedsstaaten bezog. Noch mehr Einschränkungen von GMO-Regulierung durch TAFTA zu verhängen ist besonders gefährlich, da das Abkommen Agrarfirmer befähigen würde, Gesetzgebungen direkt anzufechten, von denen sie behaupten, sie würden ihre Investoren-Rechte verletzen. Und die Definition einer Investition ist extrem weit gefasst und schließt regulative Genehmigungen ein, die wiederum GMO-Zulassungen einschließen könnte. TAFTA könnte auch die in der EU eingeführte Kennzeichnung von GMO-Produkten untergraben. Die Möglichkeiten eines Landes, Produktstandards zu erhalten oder einzuführen, die nicht darauf ausgelegt sind, Risiken für die Gesundheit von Mensch oder Tier zu vermeiden, sondern vielmehr beispielsweise darauf, VerbraucherInnen Informationen bereitzustellen, wären durch die Regeln eines weiteren TAFTA-Kapitels mit dem bezeichnenden Namen „Technische Handelsbarrieren“ beschränkt. Die Nahrungsmittelindustrie hält es für möglich, die Produktstandards für Verbraucher- und Umweltschutz als „technische Barrieren“ zu betrachten, die den Verkauf von Produkten, die diesen Standards nicht entsprechen, verhindern. Aufgrund bereits existierender Regeln hinsichtlich technischer Handelsbarrieren urteilte die WTO, dass US-Kennzeichnungen des Herkunftslandes, die gleichermaßen für in- und ausländisches Fleisch gelten, „diskriminierend“ seien, da das Programm unbeabsichtigt manche Importeure benachteiligen könnte – obwohl derlei Effekte in den Werten über den Handelsfluss nach Einführung des Programms nicht festgestellt werden konnten. Jetzt streben Gruppen der Nahrungsmittel-Industrie nach TAFTA-Regeln für „technische Barrieren“, die sogar noch weitergehende Einschränkungen für Verbraucherschutz-Standards und Kennzeichnungen bringen. Das zielt insbesondere auf GMO-Kennzeichnungen, die in Europa erforderlich sind und in 26 US-Staaten vorgeschlagen wurden.

Die TAFTA-Agenda der Agrarindustrie:

Offene Deregulierung

Europäische und US-amerikanische Agrarkonzerne waren in ihren offiziellen Forderungen an die TAFTA-Unterhändler bemerkenswert offenherzig bezüglich der genauen US- und EU-GMO-Regulierungen, die sie durch TAFTA gerne abschaffen würden. Die U.S. National Confectioners Association erklärte unverblümt: „Die US-Industrie würde gerne sehen, dass das Freihandelsabkommen USA-EU Fortschritte darin macht, verpflichtende Anforderungen zur GMO-Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit zu beseitigen.“

Privilegien für Investoren ermöglichen einen Angriff von Monsanto auf GMO-Schutzmaßnahmen und -Kennzeichnungen

Sowohl US- als auch EU-Beamte fordern, dass TAFTA ausländische Konzerne ermächtigt, nationale Gerichte zu umgehen, US- und EU-Regierungen vor außergerichtliche Schiedsstellen zu zerrn und GMO-Regelungen oder -Kennzeichnung direkt anzufechten, da diese durch TAFTA eingeführte „Rechte“ ausländischer Investoren untergraben. Diese Schiedsstellen, die aus jeweils drei privaten Anwälten bestehen, wären autorisiert, unbegrenzt Entschädigungen aus Steuermitteln für Regulierungen, die „erwartete zukünftige Profite“ von Biotech-Firmen wie Monsanto einschränken, anzuordnen. Diese extremen Regeln des „Investorenstaats“ wurden bereits in früheren US-„Freihandels“-Abkommen aufgenommen, was dazu führte, dass SteuerzahlerInnen mehr als 400 Millionen Dollar an Firmen zahlen mussten – für Verbote von Giftstoffen, Landnutzungsregeln, regulative Genehmigungen sowie Wasser- und Holz-Gesetzgebung. Allein durch US-Verträge stehen noch 14 Milliarden Dollar Konzern-Forderungen aus gegen Medikamentenpatent-Gesetzgebung, Vorgaben zur Beseitigung von Verschmutzung, Klima- und Energiegesetze und andere am Gemeinwohl orientierte Politik. Die EU schlägt für TAFTA sogar eine noch radikalere Version von Investor-Privilegien vor, die Konzernen ein neues Werkzeug geben, um GMO-Beschränkungen und -Kennzeichnungen zu untergraben.

Im US-Schnellverfahren durchgepeitscht

Wie könnte ein Abkommen wie TAFTA durch den amerikanischen Kongress kommen? Ganz einfach, mit einem Schnellverfahren, das Demokratie untergräbt – ein selten genutztes Manöver, das Unterhändler der Exekutive, die von Konzernen beraten werden, ermächtigt, unfaire „Handels“-Abkommen durchzudrücken, indem sie diese unilateral verhandeln und unterzeichnen. Dann senden sie sie an den Kongress für eine beschleunigte Abstimmung ohne Nachbesserungen und mit eingeschränkter Debatte. Als Kandidat sagte Präsident Obama, dass er dieses veraltete, anti-demokratische Verfahren abschaffen würde. Nun jedoch bittet er den Kongress, ihm die besondere Autorität des Schnellverfahrens zu gewähren – auch, um wachsende öffentliche und parlamentarische Kritik über Abkommen wie TAFTA zu umgehen. US-amerikanische Initiativen versuchen sicher zu stellen, dass das Schnellverfahren nie mehr zum Tragen kommt und stattdessen ein offenes, inklusives Verfahren entwickelt wird, um Handelsabkommen im öffentlichen Interesse zu verhandeln und beschließen.